



Chapitre de livre

2001

Published version

Open Access

This is the published version of the publication, made available in accordance with the publisher's policy.

---

**Konfliktlinien, Gelegenheitsstrukturen und Staatsbürgerschaft:  
Rechtsradikale Mobilisierungen in Frankreich und der Schweiz**

---

Giugni, Marco; Passy, Florence

**How to cite**

GIUGNI, Marco, PASSY, Florence. Konfliktlinien, Gelegenheitsstrukturen und Staatsbürgerschaft: Rechtsradikale Mobilisierungen in Frankreich und der Schweiz. In: Globalisierung - Partizipation - Protest. Opladen : Leske + Budrich, 2001. p. 155–176.

This publication URL: <https://archive-ouverte.unige.ch//unige:104514>

## Rechtsradikale Mobilisierungen in Frankreich und der Schweiz

Der Einfluss von Modellen der Staatsbürgerschaft auf  
Konfliktlinien und politische Gelegenheitsstrukturen<sup>1</sup>

*Marco Giugni/Florence Passy*

Zu den relevantesten Folgen des Globalisierungsprozesses gehören der wachsende Strom von Einwanderern und Asylsuchenden nach Westeuropa sowie eine größere kulturelle Heterogenität in diesem Teil der Welt. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass in den gegenwärtigen politischen Kontroversen in Europa Einwanderung und das Verhältnis zu Ausländern eine entscheidende Rolle spielen. Die extreme Rechte ist ein zentraler Akteur in diesem Bereich. Da sie Immigration und eine multikulturelle Gesellschaft als Bedrohung für die nationale Identität empfinden, haben rechtsextreme Parteien und Gruppierungen vor allem diese Themen auf ihre Fahnen geschrieben und erheblich zu deren Politisierung beigetragen. Doch Form und Ausmaß rechtsradikaler Reaktionen unterscheiden sich von Land zu Land. Das legt die Vermutung nahe, dass zwischen Globalisierung und politischer Mobilisierung kein unmittelbarer Zusammenhang besteht, sondern dass eine Reihe landesspezifischer Variablen dieses Verhältnis beeinflusst.

Im vorliegenden Beitrag werden rechtsradikale Mobilisierungen in Frankreich und in der Schweiz verglichen. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf Protesthandlungen in Form von öffentlichen Demonstrationen oder gewalttätigen Aktionen, wie sie generell für soziale Bewegungen kennzeichnend sind. In breiterer Perspektive berücksichtigen wir auch Interventionen gesellschaftlicher und politischer Akteure im nationalen öffentlichen Raum. Theorien zu sozialen Bewegungen haben die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen der Entstehung (oder Transformation) sozialer und kultureller Konfliktlinien und dem Entstehen (oder der Transformation) bestimmter Typen von sozialen Bewegungen betont. Entsprechend dieser Perspektive kann das Wiederaufleben rechtsextremistischer Positionen im Europa der jüngeren Vergangenheit zum Teil mit der Politisierung einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie erklärt werden, die sich im Zuge von Modernisierung und eines beschleunigten

---

<sup>1</sup> Unser Dank gilt Simon Hug, Ruud Koopmans, Hanspeter Kriesi und Nonna Mayer für ihre wertvollen Kommentare zu früheren Fassungen des Beitrags.

sozialen Wandels aufgetan hat. Andere Studien haben auf die Bedeutung der politischen Gelegenheitsstruktur hingewiesen, die sich unter anderem aus den politischen Kräfteverhältnissen und dem Parteienwettbewerb ergibt. Rechts-extreme Parteien haben dem zu Folge etwa die Gelegenheit genutzt, dass konventionelle Parteien noch keine Lösungsansätze für die neuen Probleme zu bieten hatten. Diese Studien betonen den Einfluss institutioneller Kontexte und politischer Gelegenheitsstrukturen auf die Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus.

Wir gehen in unserer Studie ebenfalls von einem Ansatz der politischen Gelegenheitsstruktur aus. Im Unterschied zu Untersuchungen, die das Schwerkraft auf institutionelle Variablen legen, konzentrieren wir uns jedoch auf den Einfluss von Staatsbürgerschaftsmodellen – d.h. die im jeweiligen Gastland vorherrschenden formellen und informellen Regeln für die Integration von Migranten. Unseres Erachtens stellen diese unterschiedlichen Modelle die Elemente der politischen Gelegenheitsstruktur dar, die für das Anwachsen rechtsextremistischer Gruppen am relevantesten sind. Staatsbürgerschaftsmodelle bilden die kulturell-institutionellen Kontexte, auf die sich jene kollektiven Akteure beziehen, die zu Themen im Zusammenhang mit Einwanderung und Ausländern mobilisieren. Die Plausibilität dieser Hypothese soll mit Hilfe von Daten aus einem laufenden Forschungsprojekt zur Mobilisierung im Bereich Minderheitenintegration, Staatsbürgerschaft und Immigration belegt werden. Die Daten wurden nach einem einheitlichen Stichprobenverfahren jeweils einer nationalen Tageszeitung entnommen. Das Sample umfasst Forderungen und Ansprüche zur Thematik Immigration, ethnische Minderheiten, Antirassismus und Rechtsradikalismus in Frankreich und in der Schweiz im Zeitraum 1990 bis 1994.

Unsere Analyse ist weit gehend explorativ. Zum einen betreten wir mit der Konzentration auf die Rolle politischer Institutionen und von Staatsbürgerschaftsmodellen für die Mobilisierung der extremen Rechte Neuland. Zum anderen liefert unser Zwei-Länder-Vergleich – wie aus dem folgenden ersichtlich wird – nicht immer eine solide empirische Basis für die Überprüfung unserer Hypothesen. Wir stehen aber auch erst am Anfang unserer Erforschung des Zusammenhangs zwischen dominierenden Staatsbürgerschaftsmodellen und politischen Forderungen und Ansprüchen im Bereich der Immigrations- und Integrationspolitik. Es ist nicht unsere Absicht, einen absoluten Beweis für unsere Hypothesen zu liefern. Wir wollen lediglich einen neuen Ansatz für die Analyse rechtsradikaler Mobilisierung und – im Weiteren – des Zusammenhangs von Globalisierungsprozessen und der Dynamik politischer Mobilisierung vorschlagen.

## 1. Strukturelle Konfliktlinien, politisches Kräfteverhältnis und Parteienwettbewerb

Frühere Arbeiten zum Thema Rechtsextremismus haben vor allem auf zwei Deutungsmuster abgestellt: eine nachfrageseitige und eine angebotsseitige Deutung. Theorien, die sich mit der Rolle sozialer und kultureller Konflikte bei der Entstehung rechtsradikaler Einstellungen und Verhaltensweisen befassen, sind klar dem nachfrageseitigen Deutungsmuster zuzuordnen. Soziale Bewegungen basieren auf sozialen und kulturellen Entwicklungen, die die Gesellschaft spalten. Sie sind das Ergebnis tief greifender Prozesse des sozialen Wandels wie Industrialisierung, Modernisierung etc. Tatsächlich stützt sich der Unzufriedenheitsansatz der Bewegungsforschung zum großen Teil auf diese Perspektive (z.B. Kornhauser 1959; Smelser 1962; Turner/Killian 1957). Hinsichtlich der Mobilisierung des Rechtsradikalismus gibt es zwei Möglichkeiten der Beeinflussung durch strukturellen Wandel. Zum einen kann es sich um eine Repolitisierung bereits bestehender Konflikte handeln, obwohl nicht notwendigerweise in genau dem gleichen Sinne wie zuvor: Die Anti-Establishment-Haltung gewisser populistischer Parteien – etwa der Liga Nord in Italien – ließe sich beispielsweise als ein Wiederaufgreifen der traditionellen Polarisierung von Zentrum und Peripherie interpretieren. Solche Konfliktlinien können auch eine internationale Dimension annehmen. Die zeigt sich zum Beispiel in der Opposition gegen den europäischen Integrationsprozess und in der zögerlichen Haltung bestimmter Teile der Gesellschaft (oder ganzer Länder wie etwa der Schweiz), sich diesem Prozess – aus Angst vor dem Verlust nationaler Vorrechte und Identität – anzuschließen.

Es können aber auch völlig neue gesellschaftliche Konfliktlinien entstehen. Kriesi (1994) sieht die neuen sozialen Bewegungen und die rechtsradikalen Bewegungen als Ergebnis der Politisierung zweier unterschiedlicher gesellschaftlicher Konfliktfelder. Einerseits, so Kriesi, entstehen die neuen sozialen Bewegungen im Zuge eines fundamentalen Antagonismus innerhalb der neuen Mittelschicht, und zwar zwischen jenen Teilen der Mittelschicht, die organisatorisches ‚Vermögen‘ kontrollieren (die ‚Manager‘), und jenen, die über Ressourcen wie Fähigkeiten und Fachwissen verfügen (die ‚professionellen Spezialisten‘). Andererseits haben dieselben strukturellen Transformationsprozesse in den westlichen Gesellschaften zu einem sich zunehmend verschärfenden Konflikt zwischen ‚Gewinnern‘ und ‚Verlierern‘ des Modernisierungsprozesses geführt. Die neuen Mittelschichten sind nach Kriesi die Gewinner. Ihnen gegenüber steht eine heterogen zusammengesetzte Klasse von Verlierern, die nur über geringe soziale und kulturelle Ressourcen verfügen, um mit dem schnellen sozialen Wandel (der u.a. durch Globalisierungsprozesse noch beschleunigt wird) adäquat umgehen zu können. Diese Klasse der Verlierer bildet von daher das Potential für rechtsradikale Mobilisierungen.

Kitschelt (1994) bietet ein alternatives Schema für die Analyse solcher strukturbedingten Konfliktlinien, die die ‚neue radikale Rechte‘ hervorgebracht haben. Nach diesem Schema lässt sich auf der Nachfrageseite das Potential für die Entstehung und den Erfolg des neuen Rechtsradikalismus drei Gegensatzpaaren zuordnen: (1) den vorherrschenden Entscheidungstypen: liberal vs. autoritär; (2) der Art der Ressourcenverteilung: marktwirtschaftlich/liberal vs. populistisch/sozialistisch; (3) den jeweiligen Staatsbürgerschaftsmodellen: kosmopolitisch vs. partikularistisch. Neue rechtsradikale Parteien kombinieren eine autoritäre Ideologie, eine marktwirtschaftlich-liberale Ressourcenverteilung und ein partikularistisches Konzept von Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft (zu letzterem siehe weiter unten). Somit schließt der neue Rechtsradikalismus auch neoliberale Elemente mit ein (Betz 1993). Andere Autoren hingegen charakterisieren den gegenwärtigen Rechtsextremismus eher als nationalistisch-populistisch (Hainsworth 1992), d.h. als eine Kombination von xenophobem Nationalismus und populistischen Appellen.

Allerdings müssen, wie Bartolini und Mair (1990) betont haben, soziale und kulturelle Barrieren erst politisiert werden, um politische Konflikte zu erzeugen, die die Mobilisierung kollektiver Interessen – einschließlich der Mobilisierung der rechtsradikalen Akteure – fördern. Somit schaffen Prozesse des sozialen Wandels zwar ein Potential für die Mobilisierung kollektiver Akteure. Dieses Potential bleibt jedoch so lange latent, wie es nicht politisiert wird (Kriesi et al. 1995). Vertreter des Ansatzes, der die politischen Prozesse in den Mittelpunkt der Bewegungsforschung stellt (z.B. McAdam 1983; Kitschelt 1986; Kriesi et al. 1995; Tarrow 1998; Tilly 1995), haben diese Erkenntnis auf das Konzept der politischen Gelegenheitsstruktur angewandt. Einige angebotsseitige Faktoren wurden benannt, die das Mobilisierungspotential transformieren können und so Aufstieg und Erfolg der Rechtsradikalen begünstigen. In diesem Zusammenhang lassen sich zwei Dimensionen unterscheiden: (1) die Möglichkeiten des Zugangs zum politischen System (z.B. Wahlsystem) und (2) die Dynamik des Kräfteverhältnisses, der Abgrenzungen und des Wettbewerbs von Parteien. Beide Dimensionen können der extremen Rechten eine politische Nische liefern, die sich in Wahlperioden nutzbar machen lässt. Kitschelt (1995) beispielsweise hebt bei seiner Erklärung des Aufstiegs des westeuropäischen Rechtsradikalismus die Rolle des Parteienwettbewerbs hervor. Kriesi (1994) hat auf verschiedene Dimensionen der politischen Gelegenheitsstruktur (einschließlich des formalen Zugangs zum politischen System) hingewiesen, die das Mobilisierungspotential der extremen Rechten modifizieren. Er kommt zu dem Schluss, dass die Dauerhaftigkeit rechtsradikaler Bewegungen von den politischen Reaktionen der etablierten – rechten wie linken – Eliten abhängt. Koopmans (1996a) kommt zu dem ähnlichen Ergebnis, dass rassistisch und rechtsradikal motivierte Gewalt in Deutschland stark von der politischen Debatte zur Asylgesetzgebung beeinflusst war.

Die beiden oben genannten Deutungsmuster werden demzufolge oft miteinander kombiniert, um den Aufstieg und Erfolg des Rechtsextremismus zu erklären. Vereinfachend ließe sich sagen, dass strukturelle Konfliktlinien im Zusammenhang mit dem Modernisierungsprozess eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für rechtsradikale Entwicklungen sind. Sie schaffen lediglich ein Potential für rechtsextremistische Mobilisierungen. Damit solch ein Potential aktiviert werden kann, müssen darüber hinaus bestimmte institutionelle Bedingungen gegeben sein, die sich auf das Wahlsystem oder auf die Struktur des politischen Kräftefelds und des Parteienwettbewerbs beziehen. Insbesondere muss es einen ‚politischen Unternehmer‘ geben, der die Themen anspricht, die die Öffentlichkeit mobilisieren können. Unserer These zufolge wird dies erleichtert, wenn die strittigen Themen in einem breiteren kulturell-institutionellen Kontext Resonanz finden, wie eben dem dominierenden Staatsbürgerschaftsmodell. Diesem Aspekt wollen wir uns nun zuwenden.

## 2. Staatsbürgerschaftsmodelle und politische Gelegenheitsstrukturen der extremen Rechten in Frankreich und der Schweiz: Theorie und Hypothesen

Sowohl Kitschelt (1995) als auch Kriesi (1994) zählen Staatsbürgerschaftsmodelle zu den Faktoren, die das Entstehen von Rechtsradikalismus erleichtern können. Allerdings berücksichtigen sie diesen Aspekt nicht mehr in ihren Interpretationen der politischen und institutionellen Variablen. Neuere Studien der Bewegungsforschung betonen aber zunehmend den Einfluss, den kollektive Definitionen der Zugehörigkeit zum Nationalstaat auf die Möglichkeiten rechtsradikaler Akteure haben, entsprechende Potentiale zu mobilisieren. Koopmans und Statham (1999a) beispielsweise haben die unterschiedlichen Erfolge der Rechtsradikalen in Deutschland und Italien mit den ethnischen und staatsbürgerrechtlichen Konzeptionen von Nationalität in Beziehung gesetzt. Wir möchten diese Argumentationslinie auf die Fälle Frankreich und Schweiz ausdehnen. Gleichzeitig wollen wir den Einfluss solcher Konzeptionen auf rechtsradikale Mobilisierungen für vier Aspekte genauer betrachten: (1) Präsenz im öffentlichen Raum; (2) Organisationsformen; (3) Aktionsformen und (4) Inhalt der Ansprüche und Forderungen.

Ausgangspunkt für unseren Ansatz ist „a definition of the extreme right as a social movement that mobilizes an ethnocultural framing of national identity against the idea of the nation as a political or civic community“ (Koopmans/Statham 1999a: 229). Um es ganz klarzustellen: Es handelt sich beim Rechtsradikalismus nicht um ein ‚single-issue movement‘ (Kitschelt 1995; Mitra 1998). Der Rechtsradikalismus umfasst vielmehr ein breites Spektrum an Phänomenen: neofaschistische Parteien, revisionistische und antisemiti-

sche Gruppierungen, Skinheads etc. Darüber hinaus sind auch oft generell gegen das System gerichtete Gefühle Teil dieser Ideologie (Ignazi 1992). Jedoch ist eines der Hauptmerkmale des gegenwärtigen Rechtsextremismus in Westeuropa die Fremdenfeindlichkeit bis hin zu rassistischen Einstellungen und Handlungen (Hainsworth 1992). Dies impliziert, dass rechtsradikale Mobilisierungen vielfach mit der Einwanderungs- und Ausländerpolitik zu tun haben. Es ist daher sinnvoll, diejenigen Aspekte zu identifizieren, die diese Politikbereiche definieren, und zu untersuchen, wie sie Ausmaß und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus prägen.

Wir konzentrieren uns in unserer Untersuchung auf zwei Dimensionen: (1) die formalen Kriterien für den Zugang zu bzw. den Ausschluss von der nationalen Gemeinschaft und (2) die kulturellen Voraussetzungen, die Ausländer erfüllen müssen, um Mitglieder dieser Gemeinschaft zu werden (Giugni/Passy 1999; Koopmans/Statham 1999b). Im Bereich der Einwanderungs- und Ausländerpolitik verweisen diese beiden Dimensionen auf das Staatsbürgerschaftsrecht als einem entscheidenden Faktor. Er legt fest, auf welche Weise Migranten in die Gastländer integriert werden (Brubaker 1992; Castles 1995; Favell 1998; Smith/Blanc 1996; Schnapper 1991; Soysal 1994). Formal lassen sich ethno-kulturelle und zivil-territoriale Kriterien für die Gewährung von Staatsbürgerrechten unterscheiden. Staatsbürgerschaft basiert im ersten Fall auf der Geburt und Abstammung (*jus sanguinis*) und im zweiten Fall auf der freien Entscheidung und der Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen (*jus soli*). Quer zu dieser formalen Unterscheidung kann auf der informellen Dimension von Zugewanderten entweder erwartet werden, dass sie sich an die herrschende Kultur anpassen, oder es werden – entsprechend einer eher kulturell pluralistischen Haltung – ethnische und kulturelle Unterschiede akzeptiert.

Kombiniert man diese beiden Dimensionen, erhält man vier idealtypische Staatsbürgerschaftsmodelle. Im ethnisch-assimilatorischen Modell stehen Migranten einer geschlossenen nationalen Gemeinschaft gegenüber; sie müssen ihre kulturellen Identitäten zum großen Teil aufgeben und sich an die Normen und kulturellen Kodizes des Gastlandes anpassen. Die Schweiz und Deutschland sind Beispiele für dieses Modell. Im zivil-assimilatorischen Modell ist es relativ leicht, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, aber auch hier müssen ethnische Identitäten aufgegeben und die Normen und Werte des republikanischen Staatswesens übernommen werden. Frankreich ist hierfür das am häufigsten zitierte Beispiel. Im zivil-pluralistischen Modell haben Zuwanderer leichten Zugang zur Staatsbürgerschaft; gleichzeitig wird ihnen das Recht zugestanden, ihre kulturellen Unterschiede zu wahren. Für Westeuropa sind Großbritannien und die Niederlande gute Beispiele hierfür. Im ethnisch-pluralistischen Modell schließlich ist die Anerkennung von Unterschieden gekoppelt mit einer ethnischen Konzeption von Staatsbürgerschaft. Dies kann unter gewissen Umständen zu Abgrenzungspolitiken bis hin zur Rassentrennung führen. Südafrika zur Zeit der Apartheid wäre hierfür ein anschauliches Beispiel.

Im Folgenden konzentrieren wir uns am Beispiel Frankreichs und der Schweiz auf die ersten beiden Modelle (ethnisch-assimilatorisch und zivil-assimilatorisch) und gehen der Frage nach, ob Staatsbürgerschaftsmodelle (zumindest in relevanten Teilen) die politischen Gelegenheitsstrukturen für eine Mobilisierung durch kollektive Akteure im Bereich der Einwanderungs- und Ausländerpolitik in diesen beiden Ländern definieren (Giugni/Passy 1999; Koopmans/Statham 1999b).<sup>2</sup> Auf Basis der oben genannten vier Aspekte entwickeln wir eine Reihe spezifischer Hypothesen zum Einfluss der Staatsbürgerschaftsmodelle auf rechtsradikale Mobilisierungen. Diese Hypothesen wollen wir zunächst nur in ihren generellen Aspekten darstellen; eine detailliertere Diskussion findet weiter unten statt.

(1) Hinsichtlich der Präsenz in der Öffentlichkeit erwarten wir, dass die extreme Rechte in der Schweiz stärker vertreten sein wird, weil ihre Ideologie aufgrund der ethnisch-assimilatorischen Konzeption von Staatsbürgerschaft eine größere Resonanz finden dürfte. Diese Konzeption liefert kollektiven Akteuren (sowohl institutionellen wie nicht-institutionellen) ein ‚kulturelles Instrumentarium‘, das sowohl Forderungen nach Ausgrenzung von Migranten und Minoritäten auf Basis der Volkszugehörigkeit als auch rassistische und fremdenfeindliche Forderungen erleichtert. Im Gegensatz dazu bietet das französische zivil-assimilatorische Modell wegen seiner universalistischen und ethnisch neutralen Ausprägung weniger Chancen für Ansprüche und Forderungen, die sich auf die Volkszugehörigkeit beziehen.

(2) Da fremdenfeindliche Forderungen mit der ethnischen Konzeption von Staatsbürgerschaft in Einklang stehen, haben in der Schweiz nicht nur rechtsradikale Gruppen, sondern auch konventionelle Parteien die Themenbereiche Einwanderungs- und Ausländerpolitik weitgehend in ihre Agenden integriert. Dies schmälert die Chancen für eine Verankerung der extremen Rechten innerhalb der parlamentarischen Arena und bietet eher Möglichkeiten für eine außerparlamentarische Mobilisierung durch rechtsradikale Gruppen. In Frankreich hingegen haben rechtsextreme Parteien deswegen bessere Chancen, weil das Thema Ethnizität im Parteienspektrum des Mainstream nicht legitimiert ist.

(3) Angesichts der günstigeren institutionellen Opportunitäten (Kriesi et al. 1995) müsste in der Schweiz das rechtsradikale Gewaltniveau eigentlich niedriger sein als in Frankreich. Ausgehend von der Annahme, dass rechtsradikale Gewalthandlungen und Parteigründungen teilweise zwei alternative Strategien für dieselbe Art von Forderungen darstellen, vermuten wir jedoch, dass gerade wegen der ungünstigeren Gelegenheiten für rechtsextreme Parteien in der Schweiz gewalttätige Aktionen im Zusammenhang mit Staatsbürgerschaft, Einwanderung und dem Verhältnis zu Ausländern in der Schweiz

2 Wir haben an anderer Stelle (Giugni/Passy 1999) – ebenfalls für die Schweiz und Frankreich – zu zeigen versucht, wie Staatsbürgerschaftsmodelle die Forderungen und Ansprüche von Einwanderern und ethnischen Minoritäten beeinflussen.

häufiger anzutreffen sind als in Frankreich. Dies impliziert, dass Rechtsextremisten ihren Forderungen eher durch radikale oder sogar gewalttätige Aktionsformen Gehör verschaffen können.

(4) Wir erwarten, dass der Inhalt rechtsradikaler Forderungen im Bereich Einwanderungspolitik den vorherrschenden Staatsbürgerschaftsmodellen entspricht. Frankreichs zivil-assimilatorischem Modell liegt eine inkludierende Konzeption zugrunde, das heißt es besteht eine starke Tendenz, Migranten in die nationale Gemeinschaft aufzunehmen. Auch hier stellt diese Definition von Nation kollektiven Akteuren ein ‚kulturelles Instrumentarium‘ zur Verfügung, das die Artikulierung von Forderungen im Themenfeld ‚Integration von Ausländern‘ erleichtert. Das schweizerische ethnokulturelle Staatsbürgerschaftsmodell tendiert im Gegensatz dazu zum Ausschluss von Migranten aus der nationalen Gemeinschaft, das heißt sie werden als Außenseiter betrachtet und behandelt. Dementsprechend legt dieses Modell eher Chancen für Forderungen und Ansprüche im Zusammenhang mit der Regulierung von Migrationsflüssen nahe (d.h. Ein- und Ausreise) und weniger für Forderungen hinsichtlich ansässiger Ausländer.

### 3. Datengewinnung

Wir konfrontieren unsere Hypothesen mit Datenmaterial aus einem laufenden komparativen Forschungsprojekt zu Mobilisierungen im Bereich Staatsbürgerschaft, Einwanderung und Integrationspolitik (Mobilisation on Ethnic Relations, Citizenship and Immigration – MERCI).<sup>3</sup> Die Daten wurden aus jeweils einer nationalen Tageszeitung erhoben (Le Monde für Frankreich und Neue Zürcher Zeitung für die Schweiz). Wir haben für jede zweite Ausgabe dieser Zeitungen eine Inhaltsanalyse durchgeführt.<sup>4</sup> Dabei definieren wir ‚öf-

3 Das MERCI-Projekt umfaßt neben Frankreich und der Schweiz (die Fallstudien wurden von den Autoren dieses Beitrags an der Universität Genf durchgeführt): Deutschland (Ruud Koopmans, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Großbritannien (Paul Statham, Universität Leeds) und die Niederlande (Thom Duyvené de Wit, Universität Amsterdam).

4 Frühere Studien zu sozialen Bewegungen haben die Zuverlässigkeit von Protestereignisanalysen als Mittel zur Messung von Mobilisierungen durch soziale Bewegungen bewiesen (z.B. Kriesi et al. 1995; Olzak 1989, Tarrow 1989, Tilly et al. 1975; siehe auch Rucht et al. 1998). Die Methodik ist verschiedentlich wegen ihrer Anfälligkeit für Biase angezweifelt worden, vor allem hinsichtlich der benutzten Tageszeitungen als Quellenmaterial, des Samplings und des Kodierungsverfahrens. Die Auswertung von Zeitungen kann sowohl zu einem Selektions- als auch Deskriptionsbias führen (McCarthy et al. 1996). Was den Selektionsbias angeht, so betrachten wir Tageszeitungen als Transporteure der Debatten, die im öffentlichen Raum stattfinden. Daher erlaubt uns der Filterprozeß, den die Zeitungen vornehmen, den Grad des Zugangs gesellschaftlicher und politischer Akteure zum öffentlichen Raum einzuschätzen.

fentliche Forderungen und Ansprüche‘ (claims-making) breit. Das heißt, wir haben jegliche (verbale oder non-verbale) öffentlich sichtbare Intervention im Namen eines Kollektivs erfasst, die die Interessen oder Rechte anderer Kollektive betraf. Im Einzelnen waren dies: (1) Protestereignisse und kollektive Mobilisierungen (Demonstrationen, Petitionen, konfrontative und gewalttätige Aktionen etc.); (2) verbale Äußerungen (öffentliche Statements, schriftliche Berichte, allgemein an die Medien gerichtete Veranstaltungen etc.), (3) politische Entscheidungen (Gesetze, Verwaltungsakte, Gerichtsentscheidungen etc.); (4) repressive Maßnahmen des Staates gegen rechtsradikale Akteure oder gegen Akteure aus ethnischen Minderheiten.

Kodiert wurden alle öffentlich erhobenen Forderungen und Ansprüche entsprechend ihrem Bezug zur Einwanderungs-, Asyl-, Ausländer- und Integrationspolitik (inkl. Staatsbürgerschaft) sowie allgemein zum Antirassismus. Diese Forderungen definieren das Themenfeld Staatsbürgerschaft, Einwanderung und ethnische Beziehungen. Darüber hinaus wurden alle Forderungen und Ansprüche von ethnischen Minderheiten kodiert, und zwar unabhängig von ihrem Bezug zum Themenfeld. Schließlich wurden auch alle Forderungen rechtsradikaler Akteure kodiert, auch solche, die sich nicht auf das Migrationsthema bezogen.<sup>5</sup> Die hier vorgestellten Analysen gründen sich auf die Daten für die Jahre 1990-1994.

Zweitens sollte der Deskriptionsbias vernachlässigbar sein, weil wir die von den Akteuren selbst geäußerten Ziele kodieren und nicht Einschätzungen und Interpretationen der jeweiligen Ereignisse durch Journalisten. Vergleiche mit weiteren Zeitungen in den Fallstudien Großbritannien und Deutschland legen nahe, daß Deskriptionsbias nur sehr begrenzt auftreten (Koopmans/Statham 1999b). Tageszeitungen sind insofern durchaus eine zuverlässige Quelle für die Berichterstattung über Ereignisse von nationaler Dimension und Signifikanz, eben solchen Ereignissen, denen unser Interesse gilt (Koopmans 1998). Schließlich wurden potentielle Probleme der Kodierzuverlässigkeit größtenteils dadurch vermieden, daß wir jedes einzelne Ereignis in unserem Datensatz gegengeprüft und auf mögliche Kodierfehler oder Abweichungen von einem Kodierer zum anderen kontrolliert haben.

5 Die Frage, ob es sich bei der Schweizerischen Volkspartei (SVP) um einen rechtsextremen Akteur handelt, ist Gegenstand kontroverser Diskussionen. Derzeit finden sich zwei Strömungen in dieser Partei: eine moderate und eine radikale Strömung, die häufig eine fremdenfeindliche Einstellung gegenüber Migranten aufweist. Die SVP hat neuerdings eine ausgeprägte harte Linie gegenüber der Immigration vertreten, sowohl hinsichtlich der Regulierung von Immigrationsströmen als auch bezüglich des Themas Multikulturalismus. Dies ist insbesondere der Fall in bestimmten kantonalen Sektionen der Partei, insbesondere der Züricher Sektion. Die SVP hat, wie ihr Name andeutet, eine auf die Mitte ausgerichtete Tradition und hat sich aus der früheren Bauernpartei entwickelt. Darüber hinaus ist die SVP Teil der regierenden Koalition. Das macht es schwierig, von einem Akteur zu sprechen, der sich gegen das System wendet. Wir halten die SVP daher nicht für eine rechtsextreme Partei.

## 4. Ergebnisse

### 4.1. Präsenz im öffentlichen Raum

Die Erwartungen hinsichtlich der Präsenz der extremen Rechten im öffentlichen Raum (mit anderen Worten: ihrer Stärke) sind in gewisser Weise ambivalent. Auf der einen Seite stehen die Einstellung, die Rechtsradikale zu Themen der Immigration und des Verhältnisses zu Ausländern haben, in Einklang mit ethnokulturellen Konzeptionen von Staatsbürgerschaft und nationaler Identität. Das bietet im Prinzip größere Chancen für diese Art Forderungen. Andererseits ist in Ländern mit einer ethnokulturellen Definition von Staatsbürgerschaft die Wahrscheinlichkeit größer, dass diese Themen vom Staat und von konventionellen Parteien bereits in die politische Agenda integriert wurden. Dies müsste die Rechtsradikalen ihrer bevorzugten Mobilisierungsthemen berauben und in der Konsequenz ihre Präsenz im öffentlichen Raum mindern.

Tabelle 1: Präsenz rechtsextremistischer Akteure im öffentlichen Raum in Frankreich und der Schweiz 1990-1994

|  | Alle Forderungen |         | Migrationsthematik |         |
|--|------------------|---------|--------------------|---------|
|  | Frankreich       | Schweiz | Frankreich         | Schweiz |
| Unter Beteiligung rechts-extremistischer Akteure | 19,5             | 7,5     | 8,7                | 6,6     |
| Unter Beteiligung anderer Akteure                | 80,5             | 92,5    | 91,3               | 93,4    |
| Gesamt   | 100%             | 100%    | 100%               | 100%    |
| N  | 2448             | 1190    | 1882               | 977     |

Tabelle 1 spiegelt diese Ambivalenz wider. Der Anteil rechtsextremistischer Forderungen im Bereich ethnische Beziehungen, Staatsbürgerschaft und Einwanderung ist in Frankreich und der Schweiz nahezu gleich hoch. In beiden Ländern sind weniger als 10 Prozent der Forderungen und Ansprüche rechtsextremistischen Akteuren zuzurechnen. Die Staatsbürgerschaftsmodelle scheinen in dieser Hinsicht kein Unterscheidungsmerkmal der beiden Länder zu sein. Vergleicht man jedoch den Anteil der Forderungen im Bereich Migration mit allen erhobenen Ansprüchen, so wird deutlich, dass die extreme Rechte in der Schweiz sich mehr auf die Themen Immigration und Ausländer konzentriert hat als ihr französisches Pendant: In Frankreich ist die allgemeine Präsenz rechtsradikaler Akteure im öffentlichen Raum doppelt so hoch wie im Themenfeld Migration, wohingegen wir in der Schweiz einen mehr oder weniger gleich großen Anteil der Forderungen feststellen können.<sup>6</sup>

6 Vorsicht ist angeraten bei der Interpretation der linken Hälfte von Tabelle 1. Forderungen, die sich nicht auf die Bereiche ‚Beziehungen zu Ausländern‘, ‚Staatsbürgerschaft‘ und ‚Einwanderung‘ beziehen, wurden nur für ausgewählte Akteure kodiert

Ein indirekter Indikator für das Ausmaß, zu dem immigrations- und ausländerspezifische Themen in die Agenden der Parteien integriert sind, ergibt sich aus der Positionierung der Forderungen zu diesen Themen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 wiedergegeben. Generell lässt sich feststellen, dass Schweizer Parteien eine restriktivere Haltung gegenüber Migranten einnehmen als die französischen. Insbesondere gilt zu beachten, dass in diesem Politikbereich die traditionellen Parteien des rechten Spektrums mit ihren Einstellungen eine größere Nähe zu rechtsradikalen Positionen aufweisen als in Frankreich: Mehr als die Hälfte ihrer Forderungen zeugen von einer ablehnenden Haltung gegenüber Minoritäten bis hin zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Dies deutet darauf hin, dass nicht nur die Rechtsradikalen, sondern auch der schweizerische Staat insgesamt Elemente der ethnokulturellen Konzeption von Staatsbürgerschaft und nationaler Identität integriert hat. Das könnte die Erklärung dafür sein, dass die extreme Rechte im öffentlichen Raum relativ wenig präsent ist, obwohl ihre Forderungen auf Resonanz stoßen und größere Legitimität haben als in Frankreich. Die extreme Rechte in der Schweiz agiert in einem Kontext, in dem die Kriterien für die Integration von Migranten in die nationale Gemeinschaft schon nach ethnokulturellen Begriffen definiert sind.

Tabelle 2: Position der öffentlichen Forderungen zur Thematik nach Parteien in Frankreich und der Schweiz 1990-1994

|   | Linke | Rechte | Extreme Rechte | Alle Parteien |
|---|-------|--------|----------------|---------------|
| <b>Frankreich</b>   |       |        |                |               |
| Gegen Minderheiten gerichtete und xenophobe Forderungen                                     | 5,3   | 22,6   | 34,4           | 18,4          |
| Neutrale, ambivalente und technokratische Forderungen                                       | 24,3  | 29,6   | 43,5           | 30,6          |
| Minoritätenfreundliche, antirassistische und gegen Rechtsextremismus gerichtete Forderungen | 70,4  | 47,8   | 22,1           | 51,0          |
| Gesamt  | 100%  | 100%   | 100%           | 100%          |
| N   | 206   | 230    | 131            | 575           |
| <b>Schweiz</b>  |       |        |                |               |
| Gegen Minderheiten gerichtete und xenophobe Forderungen                                     | 13,0  | 50,8   | 76,5           | 43,2          |
| Neutrale, ambivalente und technokratische Forderungen                                       | 5,8   | 11,5   | 14,7           | 10,6          |
| Minoritätenfreundliche, antirassistische und gegen Rechtsextremismus gerichtete Forderungen | 81,2  | 37,7   | 8,8            | 46,2          |
| Gesamt  | 100%  | 100%   | 100%           | 100%          |
| N   | 69    | 130    | 34             | 236           |

Anmerkung: Es wurden nur verbale Forderungen einbezogen.

(ethnische Minderheiten und Rechtsextremisten). Deshalb wäre ein Vergleich innerhalb eines Landes zwischen Protestereignissen, bei denen rechtsextremistische Akteure involviert waren, und Ereignissen ohne solche Akteure sinnlos. Jedoch können wir einen transnationalen Vergleich des Anteils von Aktionen mit rechtsextremistischer Beteiligung durchführen, was uns einen Hinweis auf die Präsenz dieser Akteure im öffentlichen Raum liefert.

#### 4.2. Organisationsformen

Üblicherweise werden die Organisationsformen kollektiver Interessen anhand von institutionellen Variablen erklärt. So bestimmt beispielsweise das Wahlsystem das spezifische Parteienspektrum in einem politischen System (Lijphart 1984). In ähnlicher Weise hängen sowohl interne wie externe Strukturierungen sozialer Bewegungen von den politischen Institutionen ab (Kriesi 1996). Die klassische Institutionenforschung liefert einen Erklärungsansatz für den Grad der Fragmentierung des Parteiensystems und somit auch der extremen Rechten. Allerdings verhilft dieser Ansatz nicht zu einem umfassenden Verständnis darüber, weshalb in manchen Ländern rechtsradikale Werte und Einstellungen überwiegend über entsprechende Parteien organisiert sind, während in anderen Ländern soziale Bewegungen die bedeutendere Organisationsform ausmachen. Um es klarzustellen: Anders als die neuen sozialen Bewegungen (ausgenommen vielleicht die Umweltbewegung) organisiert sich die extreme Rechte überall vorwiegend in eigenen Parteien. Dies mag der Tatsache geschuldet sein, dass sie kein ‚single-issue movement‘ ist, sondern ein breites Spektrum politischer Themen abdeckt und sich deshalb die Notwendigkeit zur Repräsentation in Form von Parteien ergibt. Gleichwohl ist der Anteil der Organisationsformen Partei und soziale Bewegung im Ländervergleich unterschiedlich. Staatsbürgerschaftsmodelle können eine Erklärung für diese Unterschiede liefern.

Tabelle 3: Typen rechtsextremistischer Akteure mit Beteiligung an politischen Forderungen in Frankreich und der Schweiz 1990-1994

|  | Alle Forderungen |         | Migrationsthematik |         |
|--|------------------|---------|--------------------|---------|
|  | Frankreich       | Schweiz | Frankreich         | Schweiz |
| Politische Parteien                        | 85,8             | 58,8    | 79,9               | 54,1    |
| Organisationen/Gruppen sozialer Bewegungen | 14,2             | 41,2    | 20,1               | 45,9    |
| Gesamt                                     | 100%             | 100%    | 100%               | 100%    |
| N  | 476              | 85      | 164                | 61      |

Anmerkung: Sowohl verbal wie non-verbal geäußerte Forderungen wurden einbezogen.

In Ländern mit einem auf der Volkszugehörigkeit basierenden Staatsbürgerschaftsmodell gelingt es sowohl konventionellen wie rechtsradikalen Parteien aufgrund diverser Abgrenzungs- und Wahlkampfstrategien nicht, radikale Forderungen hinsichtlich der Ausgrenzung von Migranten und Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus völlig zu absorbieren. Dadurch ist für radikale Mobilisierungen zu diesen Themen ein politischer Raum gegeben. Es ist zu erwarten, dass die extreme Rechte in der Schweiz sich sowohl als Partei wie auch als soziale Bewegung zu organisieren sucht, während in Frankreich, wo die Staatsbürgerschaft in bürgerrechtlichen und politischen Begriffen definiert ist, eine Organisation in Parteien überwiegen dürfte. Tabelle 3 liefert

Beweise zur Unterstützung dieser Hypothese: In Frankreich sind Parteien die hauptsächliche Basis für die Artikulierung rechtsextremistischer Interessen, und dies nicht nur für die Migrationsthematik. Soziale Bewegungen spielen hingegen in der Schweiz eine große Rolle, obwohl selbst hier Parteien die Szene immer noch dominieren.

Mit den unterschiedlichen Staatsbürgerschaftsmodellen allein lassen sich diese Differenzen selbstverständlich nicht erklären. Sie sind primär auf den Fragmentierungsgrad des politischen Systems und das Wahlsystem zurückzuführen. Insbesondere das Schweizer Verhältniswahlrecht – in Verbindung mit der starken territorialen und politischen Dezentralisierung – führt zu einer fragmentierten Organisationsstruktur der Rechtsextremisten, während in Frankreich das Mehrheitswahlsystem – zusammen mit der starken Zentralisierung – die Organisation in einer größeren Partei begünstigt.<sup>7</sup> So vereint die Nationale Front denn auch nicht nur einen Großteil der rechtsradikalen Stimmen, sondern dominiert auch den öffentlichen Raum bei Forderungen im Bereich Einwanderungs- und Integrationspolitik sowie anderer traditionell rechtsextremistischer Themen (z.B. bei Forderungen, die sich gegen das Establishment und die Linke richten). In der Schweiz deckt eine Vielzahl von Parteien und Organisationen dieses Themenspektrum ab.

#### 4.3. Aktionsformen

Tabelle 4 zeigt, dass der grösste Anteil der rechtsradikalen Ansprüche in Form von öffentlichen Statements verbreitet wird. Dies ist nicht überraschend: Erstens sind öffentliche Äußerungen eine kostengünstige Aktionsform; zweitens greifen Parteien in öffentliche Debatten überwiegend durch öffentliche Verlautbarungen ein. Da Parteien die Hauptorganisationsform der Rechtsradikalen sind, spielt diese Aktionsform auch bei ihnen eine deutlich wichtigere Rolle als kollektive Mobilisierungen. Dies trifft vor allem auf Frankreich zu, wo Parteien im Allgemeinen und die Nationale Front im Besonderen die Hauptakteure bei rechtsradikalen Forderungen und Ansprüchen bilden.

In der theoretischen Literatur zur politischen Gelegenheitsstruktur wurden Variationen in den Handlungsformen von sozialen Bewegungen vielfach auf Änderungen bestimmter Merkmale des politisch-institutionellen Kontextes zurückgeführt (z.B. della Porta 1995; Kriesi et al. 1995; Tarrow 1998). Kriesi et al. (1995) sehen die Ursache für das im Vergleich zur Schweiz radikalere Aktionsrepertoire der französischen sozialen Bewegungen in der sehr

7 Die kürzlich erfolgte Spaltung der Nationalen Front in zwei Parteien und der Mißerfolg der extremen Rechten bei den letzten nationalen Wahlen ist darauf zurückzuführen, dass das französische Wahlsystem mit seinen Mehrheitsregeln Splitterparteien benachteiligt.

unterschiedlichen Gelegenheitsstruktur. In Frankreich bietet der politisch-institutionelle Kontext wenig Zugangsmöglichkeiten zum politischen System. Ein solcher Kontext bietet politischen Herausforderern wenig Chancen und zwingt sie zu disruptiven Aktionen. Im Gegensatz dazu hat der integrative politische Kontext in der Schweiz mit seinen guten Zugangsmöglichkeiten zum politischen System und überwiegend inkludierenden Strategien einen mäßigenden Einfluss auf das Aktionsrepertoire von sozialen Bewegungen. Folglich müssten rechtsradikale Organisationen in einem geschlossenen System wie dem französischen zu radikaleren Aktionsformen greifen, während in einem offenen System moderatere Formen anzutreffen sein müssten.

Tabelle 4: Formen öffentlicher Forderungen der extremen Rechten in Frankreich und der Schweiz 1990-1994

|                               | Alle Forderungen |         | Migrationsthematik |         |
|-------------------------------|------------------|---------|--------------------|---------|
|                               | Frankreich       | Schweiz | Frankreich         | Schweiz |
| Öffentliche Statements        | 69,1             | 56,3    | 67,1               | 57,8    |
| Versammlungen                 | 13,4             | –       | 6,1                | –       |
| Direktdemokratische Aktionen  | 0,4              | 5,6     | –                  | 4,7     |
| Petitionen                    | 0,2              | 2,2     | –                  | –       |
| Demonstrationen               | 6,9              | 4,5     | 9,8                | 1,6     |
| Konfrontative Protestaktionen | 5,0              | 5,6     | 8,5                | 1,6     |
| Gewalttätige Protestaktionen  | 5,0              | 25,8    | 8,5                | 34,1    |
| Gesamt                        | 100%             | 100%    | 100%               | 100%    |
| N                             | 477              | 89      | 164                | 64      |

Anmerkung: Umfasst verbale und non-verbale Forderungen.

Koopmans (1996a) hat in seiner Studie zu Rechtsradikalismus und politischer Gelegenheitsstruktur jedoch festgestellt, dass es in Ländern mit relativ starken rechtsextremen Parteien weniger rassistische und rechtsradikale Gewalttaten gibt. Gewaltanwendung ist durchweg eine sehr kostenintensive Strategie, da sie mit hohen Risiken der Repression und moralischen Sanktionen verbunden ist. Deshalb sinkt das Ausmaß an Gewalt, wenn tragfähigere Alternativen existieren. Eine starke rechtsextremistische Partei ist eine solche Alternative. Koopmans Daten weisen eine hohe negative Korrelation zwischen der Existenz relevanter rechtsextremer Parteien und rassistischem und rechtsradikalem Gewaltniveau auf – mit Ausnahme der Schweiz. Gleichzeitig sind aber die Gewaltpegel in der Schweiz und in Deutschland besonders hoch, in zwei Ländern also, in denen Staatsbürgerschaft ethnokulturell definiert wird.

In politisch-institutionellen Kontexten, in denen die konventionellen Parteien Themen integriert haben, die üblicherweise vom rechtsradikalen Spektrum besetzt werden, sind die politischen Gelegenheiten für gewalttätige Protesthandlungen im Zusammenhang mit diesen Themen größer. Wie wir gezeigt haben, kommt es dort zu mehr Gewalthandlungen, wo der dominierende Diskurs mit einer ethnokulturellen Konzeption von Staatsbürgerschaft korrespondiert und diese legitimiert (Koopmans/Statham 1999a). In solch einem

Kontext sind nicht nur soziale Bewegungen verbreiteter, es gibt auch mehr Raum für radikale und gewalttätige Aktionen, die von kleinen extremistischen Gruppen ausgehen und Themen wie Einwanderung und das Verhältnis zu Ausländern zum Inhalt haben. In Ländern wie Deutschland und der Schweiz gibt es weniger politische Gelegenheiten für rechtsextreme Parteien, weil die ethnokulturelle Definition von nationaler Identität fest im traditionellen Parteigefüge etabliert und legitimiert ist. Obwohl auch im traditionellen Parteigefüge häufig radikale ausländerfeindliche und anti-europäische Standpunkte vertreten werden, distanzieren sich diese Parteien explizit von rechtsextremistischer Militanz und außerparlamentarischen Aktionen. Dies bedeutet jedoch, dass für rechtsextremistische Gruppen radikale außerparlamentarische Aktionen die einzige Alternative sind, um ihre Forderungen und Ansprüche sichtbar zu machen. Wenn andererseits die vorherrschende Konzeption von nationaler Identität den etablierten Parteien nicht gestattet, signifikante Elemente des rechtsextremistischen Programms zu übernehmen – wie in Frankreich der Fall –, sind die Opportunitäten für rechtsradikale Parteien günstiger. Dies wiederum hat einen mäßigenden Einfluss auf außerparlamentarische Aktivitäten, da solche Parteien vermeiden wollen, mit radikalen oder gewalttätigen Aktionen in Verbindung gebracht zu werden.<sup>8</sup>

Wenn der allgemeine Kontext in Frankreich für politische Mobilisierungen geschlossener ist als in der Schweiz und sozialen Bewegungen nur radikalere Handlungsoptionen zur Verfügung stehen dürften, sollten die geringen politischen Gelegenheiten für rechtsextreme Parteien in der Schweiz aufgrund des vorherrschenden ethnokulturellen Staatsbürgerschaftsmodells zu einem höheren Maß an Radikalismus und Gewalt durch rechtsextremistische Akteure führen. Hier zeigt sich nun, dass es in der Tat sinnvoll ist, die politische Gelegenheitsstruktur für den Bereich Einwanderungspolitik gesondert zu betrachten.

#### 4.4. Die Inhalte der erhobenen Forderungen und Ansprüche

Die durch das spezifische Staatsbürgerschaftsmodell geprägte Gelegenheitsstruktur liefert uns einen nützlichen theoretischen Rahmen für die Analyse des Themenspektrums rechtsextremistischer Forderungen und Ansprüche im Bereich Einwanderungspolitik. Staatsbürgerschaftsmodelle liefern zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren spezifische symbolische Ressourcen für die Artikulierung einschlägiger Themen im öffentlichen Raum. Das ethnisch-assimilatorische Modell schließt Immigranten tendenziell von der nationalen Gemeinschaft aus und schafft eine Kluft zwischen Staatsbürgern und Einwande-

8 In Ländern, in denen der dominierende Diskurs noch weiter von rechtsextremistischen Ansichten entfernt ist, wie etwa Großbritannien oder die Niederlande, mag es weder für rechtsextreme Parteien noch für außerparlamentarische Aktivitäten einen signifikanten Raum geben.

ren. Wir erwarten dementsprechend, dass sich Forderungen in einem solchen Kontext hauptsächlich auf Migrationsbewegungen (d.h. Einreise und Ausreise) konzentrieren und weniger auf Themen, die sich mit der Situation von Einwanderern im Gastland und ihrer Integration befassen, weil Migranten nicht als Mitglieder der nationalen Gemeinschaft wahrgenommen werden, sondern eher als Gastarbeiter, die sich nur vorübergehend im Lande aufhalten.

In Frankreich hingegen müssten infolge der durch das zivil-assimilatorische Staatsbürgerschaftsmodell geprägten Gelegenheitsstruktur Themen überwiegen, die Minoritäten betreffen. Angehörige ethnischer Minderheiten sind in der nationalen Gemeinschaft akzeptiert, und die meisten von ihnen besitzen die volle Staatsbürgerschaft. Mit anderen Worten, wenn Minoritäten in der Schweiz größtenteils von der Gesellschaft ausgeschlossen sind (und von vielen sozialen, politischen und kulturellen Rechten), sind sie in Frankreich weitgehend integriert und genießen umfassende soziale und politische Rechte (obwohl Frankreichs republikanische Konzeption von Staatsbürgerschaft wenig dazu beiträgt, kulturelle Unterschiede und ethnospezifische Rechte anzuerkennen). Wir gehen davon aus, dass in einem solchen Kontext öffentliche Forderungen hauptsächlich mit der Integration von Migranten in das Gastland zu tun haben. Dies trifft für alle Parteien zu und somit auch für die extreme Rechte. Selbstverständlich werden Evaluation und Positionierung der Forderungen je nach Akteur sehr unterschiedliche Ergebnisse zeitigen (speziell bei Akteuren des links- und rechtsextremen Spektrums), aber der thematische Schwerpunkt sollte der gleiche sein.

Tabelle 5 bestätigt diese Hypothese. Die öffentliche Debatte in der Schweiz fokussiert hauptsächlich auf Einwanderungs-, Asyl- und Ausländerpolitik (d.h. auf die Regulierung von Zu- und Abwanderungen). Eine genauere Analyse zeigt, dass Fragen des politischen Asyls am häufigsten thematisiert werden. Dies ist teilweise Ergebnis der tiefen historischen Wurzeln des politischen Asyls in der Schweiz, die bis in das 16. Jahrhundert zurückreichen (Vuilleumier 1987). Fragen der Integration von Minoritäten haben einen deutlich niedrigeren Stellenwert. Naturalisierung wird innerhalb des allgemeineren thematischen Schwerpunkts am häufigsten angesprochen. Nicht zufällig ist dieses Thema am engsten mit der Frage verknüpft, wer von der nationalen Gemeinschaft aufgenommen werden sollte und wer nicht. Im Gegensatz dazu liegt das Schwergewicht der einschlägigen öffentlichen Debatte in Frankreich überwiegend auf der Integrationspolitik und den Themenfeldern Rassismus und Antirassismus (rund 70 Prozent aller Forderungen im Bereich Migration). Detailliertere Analysen lassen darauf schließen, dass die Rechte von Minderheiten und ihre Partizipation an der Gastgesellschaft eine hohe Mobilisierungskapazität bei Forderungen besitzen, die die Integrationspolitik betreffen.<sup>9</sup> Die starke Präsenz der Nationalen Front im öffentlichen Raum

9 Die Frage, ob spezifische religiöse Rechte respektiert (oder umgekehrt verleugnet) werden, hat in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle gespielt. Insbesondere die Affäre

trägt mit Sicherheit dazu bei, dass rassistische und antirassistische Forderungen einen so hohen Anteil ausmachen. Darüber hinaus steht Rassismus auch im Zusammenhang mit der Debatte über die Integration ethnischer Minoritäten in das Gastland.

Tabelle 5: Allgemeiner thematischer Schwerpunkt der öffentlichen Forderungen zur Migrationsthematik in Frankreich und der Schweiz 1990-1994

|  | Alle Akteure |         | Rechtsextremistische Akteure |         |
|--|--------------|---------|------------------------------|---------|
|  | Frankreich   | Schweiz | Frankreich                   | Schweiz |
| Einwanderungs-, Asyl- und Ausländerpolitik | 26,2         | 60,1    | 10,4                         | 32,8    |
| Integrationspolitik                        | 29,0         | 16,5    | 20,1                         | 12,5    |
| Rassismus/Antirassismus                    | 41,0         | 18,4    | 60,4                         | 15,6    |
| Allgemeine xenophobe Forderungen           | 3,8          | 5,0     | 9,1                          | 39,1    |
| Gesamt                                     | 100%         | 100%    | 100%                         | 100%    |
| N  | 1882         | 977     | 164                          | 64      |

Anmerkung: Umfasst verbale und non-verbale Forderungen.

Die politischen Forderungen und Ansprüche der extremen Rechten folgen zum großen Teil den nationalen öffentlichen Debatten. In der Schweiz befassen sich rechtsradikale Forderungen in hohem Maße mit der Regulierung der Migrationsflüsse. Rund ein Drittel ihrer öffentlichen Forderungen widmen sich dieser Thematik. In der jüngeren Geschichte der Schweiz hat die extreme Rechte, speziell institutionelle Akteure wie Parteien, sehr aktiv das Problem der Überfremdung thematisiert. Rechtsradikale Parteien haben extensiven Gebrauch vom Instrumentarium der direkten Demokratie gemacht, um die Zahl der im Lande lebenden Ausländer zu reduzieren. Die in Tabelle 6 wiedergegebene Auflistung der Themenschwerpunkte zeigt, dass rechtsradikale Forderungen sich in der Schweiz vorwiegend auf Fragen der Einreisekontrollen und Grenzüberwachung konzentrieren. Forderungen mit Bezug auf die Repression rechtsextremistischer Akteure sind ebenfalls signifikant häufig.

Während in der Schweiz die Rechtsextremisten – wie andere gesellschaftliche und politische Akteure – Fragen der Integration von Minoritäten eher selten ansprechen, stehen in Frankreich solche Themen im Zentrum der politischen Debatte zu diesem Politikbereich. Rechtsradikale Parteien und Organisationen folgen in dieser Hinsicht dem allgemeinen Trend, denn ca. 80 Prozent ihrer Forderungen betreffen die Integrationspolitik sowie Rassismus und Antirassismus. Die französischen Rechten betrachten Migration nicht in erster Linie als ein Problem des Zustroms von Einwanderern, sondern hauptsächlich als Problem der Integration ethnischer Minderheiten in die französische Kultur und Gesell-

um die im Islam vorgeschriebene Verschleierung von Frauen hat in Frankreich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eine intensive Debatte hervorgerufen.

schaft. So verweisen sie oft auf die Schwierigkeiten von Migranten, vor allem solchen aus andersartigen Kultur- und Glaubensgemeinschaften (z.B. Islam), sich an die einheimischen Sitten und Gebräuche anzupassen. Aus dieser Perspektive sind Migranten eine Gefahr für die Einheit der französischen Republik. Die ‚Nicht-Assimilierbarkeit‘ bestimmter Volksgruppen ist immer ein Motiv für rassistische, nationalistische und rechtsextremistische Akteure gewesen. Sie wurde und wird immer noch als unruhestiftender Faktor in der französischen Gesellschaft wahrgenommen (Taguieff 1988).

*Tabelle 6:* Spezifische thematische Schwerpunkte der öffentlichen Forderungen rechtsextremistischer Akteure zur Migrationsthematik in Frankreich und der Schweiz 1990-1994

|   | Frankreich  | Schweiz     |
|---|-------------|-------------|
| <b>Einwanderungs-, Asyl- und Ausländerpolitik</b>         | <b>10,4</b> | <b>32,8</b> |
| – Einwanderungs-, Asyl- und Ausländerpolitik allgemein    | 1,8         | 6,2         |
| – Einreise- und Grenzkontrolle                            | 4,3         | 14,1        |
| – Registrierung und interne Kontrolle                     | –           | 4,7         |
| – Anerkennung von Aufenthaltsrechten                      | 1,8         | 1,6         |
| – Zugang zu Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt         | –           | –           |
| – Ausweisungen  | 1,8         | 6,3         |
| – Freiwillige Rückkehr ins Heimatland                     | 0,6         | –           |
| <b>Integrationspolitik</b>                                | <b>20,1</b> | <b>12,5</b> |
| – Integration von Minderheiten allgemein                  | 12,2        | 3,1         |
| – Rechte von Minderheiten und Partizipation allgemein     | 0,6         | –           |
| – Naturalisierung und Staatsbürgerschaft                  | 1,8         | 6,3         |
| – Politische Rechte und Partizipation                     | 1,8         | –           |
| – Soziale Rechte und Partizipation                        | 0,6         | 1,6         |
| – Kulturelle Rechte und Partizipation                     | –           | 1,6         |
| – Diskriminierung und Ungleichbehandlung                  | 0,6         | –           |
| – Soziale Probleme von Minderheiten                       | 2,4         | –           |
| <b>Rassismus/Antirassismus</b>                            | <b>60,4</b> | <b>15,6</b> |
| – Rassismus in institutionellen Kontexten                 | 1,2         | –           |
| – Rassismus in nicht-staatlichen Institutionen            | 1,8         | –           |
| – Allgemeine Einschätzung und Politikrichtung             | 11,6        | 1,6         |
| – Moralische Appelle und gesellschaftliche Reaktionen     | 3,0         | –           |
| – Gegenmobilisierung                                      | 5,5         | –           |
| – Schutz von Minderheiten gegen rechtsradikale Gewalt     | 0,6         | –           |
| – Politische Bündnisse und Ausschluss von Rechtsradikalen | 9,8         | –           |
| – Repression  | 26,8        | 14,1        |
| <b>Allgemeine xenophobe Forderungen</b>                   | <b>2,4</b>  | <b>3,1</b>  |
| <b>Keine verbalen Forderungen</b>                         | <b>6,7</b>  | <b>35,9</b> |
| Gesamt  | 100%        | 100%        |
| N   | 164         | 64          |

## 5. Schlussfolgerungen

Prozesse des sozialen und kulturellen Wandels bewirken nicht unmittelbar die Herausbildung bestimmter Typen von kollektiven Akteuren, speziell bestimmter Typen von sozialen Bewegungen. Globalisierung hat mit Sicherheit ein breites Spektrum an Reaktionen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern hervorgerufen, deren Interessen oder Identitäten durch die zunehmende Vernetzung der Welt bedroht sind. Trotzdem ist, wie wir zu zeigen versucht haben, der Zusammenhang zwischen Globalisierung und politischem Handeln kein unmittelbarer. Die genaue Form und der Inhalt solcher Reaktionen werden durch bestimmte Charakteristika des jeweiligen Nationalstaats und durch politische Prozesse auf nationalstaatlicher Ebene modifiziert. Der gegenwärtige Rechtsextremismus ist nicht, wie von manchen behauptet wird (z.B. Minkenberg 1992), eine direkte Reaktion auf den fundamentalen Kultur- und Wertewandel in Westeuropa. Er hängt vielmehr von der Politisierung neuer Konfliktlinien in der Gesellschaft bzw. von der Re-Politisierung bereits bestehender Konflikte ab. Außerdem steht er im Zusammenhang mit der herausragenden Bedeutung bestimmter Politikbereiche, die die Hauptarena für die Kämpfe rechtsextremer Parteien und Gruppierungen geworden sind. Die zeitgenössische extreme Rechte trägt zur Politisierung einzelner Themen dieser Politikbereiche bei und nutzt sie gleichzeitig zu ihrem Vorteil. Allerdings wird dieser Prozess durch die bestehende politische Gelegenheitsstruktur eingeschränkt, wie sie unter anderem durch das vorherrschende Staatsbürgerschaftsmodell definiert ist. Ihr Einfluss erklärt zumindest teilweise die Unterschiede, die wir im Ländervergleich in Präsenz, Form und Inhalt heutiger rechtsradikaler Mobilisierung festgestellt haben.

Unsere Analysen legen nahe, dass zwei Unterscheidungen wichtig sind, um das Phänomen Rechtsextremismus zu erklären: Zum einen müssen wir zwischen den beiden Hauptorganisationsformen unterscheiden, über die rechtsextremistische Interessen und Identifikationen in den öffentlichen Raum getragen werden – Parteien und soziale Bewegungen. Diese Unterscheidung ist nicht nur aus deskriptiven Gründen wichtig. Die Organisationsform Partei wird zu einer signifikanten Erklärungsvariable, weil sie beispielsweise das Niveau der Radikalität rechtsgerichteter Organisationen außerhalb der institutionellen Arena beeinflusst. Zweitens sollte unterschieden werden zwischen rechtsradikalen Forderungen zur Einwanderungs- und Ausländerpolitik, die heute den Hauptkriegsschauplatz bilden, und Forderungen außerhalb dieses Bereichs sowie solchen Forderungen, die sich auf traditionellere Themen beziehen bzw. eher wahlkampfaktischen Inhalts sind.

Schließlich sollte auch deutlich geworden sein, dass wir mit der Konzentration auf Staatsbürgerschaftsmodelle nicht implizieren wollen, strukturelle Konfliktlinien seien unwichtig oder institutionelle Faktoren wie der Zugang zum politischen System und zum Parteienwettbewerb spielten keine Rolle. Im

Gegenteil sind wir der Meinung, dass diese Aspekte für die Erklärung des Aufstiegs und Erfolgs des heutigen Rechtsextremismus ganz entscheidend sind. Wir haben lediglich die These aufgestellt, dass diese Aspekte ihrerseits von der dominierenden Konzeption von Staatsbürgerschaft und von entsprechenden Diskursen zur nationalen Identität beeinflusst werden, und zwar ganz besonders hinsichtlich der Mobilisierungskapazität rechtsradikaler Parteien und Organisationen zu Themen, die im Zusammenhang mit Einwanderung und dem Verhältnis gegenüber Ausländern stehen und bei denen ethnokulturelle Deutungsmuster zum Tragen kommen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass unser Zwei-Länder-Vergleich gezeigt hat, dass die Staatsbürgerschaftsmodelle rechtsextremistische Mobilisierungen signifikant beeinflussen. Allerdings würde ein Vergleich mit weiteren Ländern zu solideren Ergebnissen führen. Andere Studien legen nahe, dass die dominanten Definitionen von Nation und nationaler Identität durchaus zur Erklärung des Ausmaßes, der Formen und Inhalte rechtsextremistischer Forderungen herangezogen werden können. Betrachtet man zum Beispiel den Fall Deutschland – ebenfalls ein Land mit einem ethnisch-assimilatorischen Staatsbürgerschaftsmodell –, so stellt man in dieser Hinsicht große Ähnlichkeiten mit der Schweiz fest. Koopmans (1996b) hat in seiner Fallstudie zu Deutschland insbesondere zwei unserer Hypothesen getestet – Organisationsform und Aktionsform –, und seine Ergebnisse scheinen die unseren zu bestätigen. Dies verweist auf die Nützlichkeit der Spezifizierung von politischen Gelegenheitsstrukturen im Themenfeld Einwanderung, Staatsbürgerschaft und Verhältnis zu Ausländern anhand der unterschiedlichen Staatsbürgerschaftsmodelle.

## Literatur

- Barranco, José/Wisler, Dominique 1999. Validity and Systematicity of Newspaper Data in Event Analysis. In: *European Sociological Review*, Jg. 15, 3, 301-322.
- Bartolini, Stefano/Mair, Peter 1990: Identity, Competition, and Electoral Availability. Cambridge: Cambridge University Press.
- Betz, Hans-Georg 1993: The New Politics of Resentment: Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe. In: *Comparative Politics*, Jg. 25, 4, 413-427.
- Brubaker, Rogers 1992: *Citizenship and Nationhood in France and Germany*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Castles, Stephen 1995: How Nation-States Respond to Immigration and Ethnic Diversity. In: *New Community*, Jg. 21, 3, 293-308.
- Danzger, M. Herbert 1975: Validating Conflict Data. In: *American Sociological Review*, Jg. 40, 570-584.
- della Porta, Donatella 1995: *Social Movements, Political Violence, and the State*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Favell, Adrian 1998: *Philosophies of Integration*. Houndmills/Basingstoke: Macmillan.
- Fennema, Meindert 1997: Historical Patterns of Legal Repression of Extreme-Right and Racist Parties in Western Europe. Paper für die Konferenz „Citizenship, Immigration

- and Xenophobia in Europe,“ 13.-15. November, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Giugni, Marco/Passy, Florence 1999: Models of Citizenship, Political Opportunities, and the Claim-Making of Immigrants and Ethnic Minorities: A Comparison of France and Switzerland. In: *American Sociological Association Section on Collective Behavior and Social Movements, Working Paper Series*, vol. 2, no. 9 (<http://www.nd.edu/~dmyers/cbsm>).
- Hainsworth, Paul 1992: Introduction. The Cutting Edge: The Extreme Right in Post-War Western Europe and the USA. In: Paul Hainsworth (Hg.): *The Extreme Right in Europe and the USA*. New York: St. Martin's Press, 1-28.
- Ignazi, Piero 1992: The Silent Counter-revolution. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 22, 1, 1-30.
- Kitschelt, Herbert 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: *British Journal of Political Science*, Jg. 16, 57-85.
- Kitschelt, Herbert (in Zusammenarbeit mit Anthony J. McGann) 1995: *The Radical Right in Western Europe*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Koopmans, Ruud 1996a: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe: Grievances or Opportunities? In: *European Journal of Political Research*, Jg. 30, 2, 185-216.
- Koopmans, Ruud 1996b: Soziale Bewegung von rechts? Zur Bewegungsförmigkeit rechtsradikaler und ausländerfeindlicher Mobilisierung in Deutschland. In: Jens Mecklenburg (Hg.): *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*. Berlin: Elefant Press, 767-781.
- Koopmans, Ruud 1998: The Use of Protest Event Data in Comparative Research: Cross-National Comparability, Sampling Methods and Robustness. In: Dieter Rucht/Ruud Koopmans/Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Acts of Dissent: New Developments in the Study of Protest*. Berlin: edition sigma, 90-110.
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul 1999a: Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy. In: Marco Giugni/Doug McAdam/Charles Tilly (Hg.): *How Social Movements Matter*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 225-251.
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul 1999b: Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, and the Collective Claims Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 105, 3, 652-696.
- Kornhauser, William 1959: *The Politics of Mass Society*. Glencoe, IL: Free Press.
- Kriesi, Hanspeter 1989: New Social Movements and the New Class in the Netherlands. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 94, 5, 1078-1116.
- Kriesi, Hanspeter 1994: Movements of the Left, Movements of the Right: Putting the Mobilization of Social Movements into Political Context. Paper für die Konferenz „The Politics and Political Economy of Contemporary Capitalism“, University of North Carolina, Chapel Hill, 9.-10. September.
- Kriesi, Hanspeter 1996: The Organizational Structure of New Social Movements in a Political Context. In: Doug McAdam/John D. McCarthy/Mayer N. Zald (Hg.): *Comparative Perspectives on Social Movements*. Cambridge: Cambridge University Press, 152-184.
- Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem/Giugni, Marco 1995: *New Social Movements in Western Europe*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Lijphart, Arend 1984: *Democracies*. New Haven, CT: Yale University Press.
- McAdam, Doug 1982: *Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930-1970*. Chicago: University of Chicago Press.

- McCarthy, John D./McPhail, Clark/Smith, Jackie 1996: Images of Protest: Dimensions of Selection Bias in Media Coverage of Washington Demonstrations, 1982, 1991. In: *American Sociological Review*, Jg. 61, 3, 478-499.
- Minkenberg, Michael 1992: The New Right in Germany: The Transformation of Conservatism and the Extreme Right. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 22, 1, 55-81.
- Mitra, Subatra 1988: The National Front in France – A Single Issue Movement? In: *West European Politics*, Jg. 11, 2, 47-63.
- Olzak, Susan 1989: Analysis of Events in the Study of Collective Action. In: *Annual Review of Sociology*, Jg. 15, 119-141.
- Rucht, Dieter/Koopmans, Ruud/Neidhardt, Friedhelm (Hg.) 1998: *Acts of Dissent: New Developments in the Study of Protest*. Berlin: edition sigma.
- Schain, Martin 1987: The National Front in France and the Construction of Political Legitimacy. In: *West European Politics*, Jg. 10, 2, 229-252.
- Schnapper, Dominique 1991: *La France de l'intégration*. Paris: Gallimard.
- Smelser, Neil J. 1962: *Theory of Collective Behavior*. New York: Free Press.
- Smith, David M./Blanc, Maurice 1996: Citizenship, Nationality and Ethnic Minorities in Three European Nations. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Jg. 20, 1, 66-82.
- Snyder, David/Kelly, William R. 1977: Conflict Intensity, Media Sensitivity and the Validity of Newspaper Data. In: *American Sociological Review*, Jg. 42, 105-123.
- Soysal, Yasemin Nuhoglu 1994: *Limits of Citizenship*. Chicago: University of Chicago Press.
- Taguieff, Pierre-André 1988: *La force du préjugé*. Paris: La Découverte.
- Tarrow, Sidney 1989: *Democracy and Disorder*. Oxford: Clarendon Press.
- Tarrow, Sidney 1998: *Power in Movement*. 2. Auflage. Cambridge: Cambridge University Press.
- Thränhardt, Dietrich 1995: The Political Uses of Xenophobia in England and Germany. In: *Party Politics*, Jg. 1, 3, 323-345.
- Tilly, Charles 1995: *Popular Contention in Great Britain, 1758-1834*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Tilly Charles/Tilly, Louise /Tilly, Richard 1975: *The Rebellious Century, 1830-1930*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Turner, Ralph H./Killian, Lewis M. 1957: *Collective Behavior*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Vuilleumier, Marc 1987: *Immigrés et réfugiés en Suisse*. Zürich: Pro Helvetia.

## „Lokal Denken – Global Handeln“

### Zur Mobilisierungslogik von Migranteninteressen in Europa<sup>1</sup>

Hans-Jörg Trezz

Die Ausgestaltung einer europäischen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik ist nach zögerlichen Anfängen im Zuge der jüngsten Vertragsänderungen mit neuer Intensität und Dynamik vorangetrieben worden. Als Eckpfeiler der Reformen gilt die Schaffung einer genuinen Gemeinschaftskompetenz, mit der die viel kritisierte Auslagerung des Regelungsbereichs in zwischenstaatliche Verhandlungsarenen endgültig rückgängig gemacht und damit das Gestaltungs- und Entscheidungsmonopol der Regierungen gebrochen werden konnte. Die Pluralisierung des Politikfeldes änderte zunächst jedoch nur wenig an der eindimensionalen inhaltlichen Schwerpunktsetzung auf die Festlegung neuer Ausgrenzungsmechanismen zur Verhinderung von unerwünschter Zuwanderung, ohne das Versprechen für eine Bereitstellung neuer Inklusionschancen für die sich in Europa bereits niedergelassenen Einwanderungsminderheiten bzw. für eine Verbesserung des Flüchtlingsschutzes einzulösen.<sup>2</sup>

Der folgende Beitrag basiert auf der Erwartung, dass die einseitige sicherheitspolitische Aufrüstung der EU bei den betroffenen Kreisen der Bevölkerung auf wachsendes Unbehagen stoßen und damit die Mobilisierung von Widerstand provozieren muss. Die Gegner des neuen Europas entlarven die ‚europäische Sicherheitsgemeinschaft‘ als ‚Festung Europa‘ und prangern ihre pervertierenden Wirkungen auf die Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten an. Im Zuge der ‚schleichenden Vergemeinschaftung‘ dieses Regelungsbereichs müssen die zivilgesellschaftlichen Protestpotentiale jedoch an die veränderten Bedingungen des Regierens angepasst werden. Für Drittstaatenangehörige als potentiell Betroffene ergibt sich die Notwendigkeit einer Verlagerung ihrer politischen Aktivitäten auf die Gemeinschaftsebene und

1 Die Arbeit ist entstanden im Rahmen einer von der DFG im Schwerpunktprogramm ‚Regieren in Europa‘ geförderten Untersuchung zur Rolle von Öffentlichkeit in der EU.

2 Siehe hierzu die Schlussfolgerungen der Präsidentschaft des Europäischen Rates von Tampere vom 15. und 16. Oktober 1999 (Kostakopoulou 2000).